

CuS-Gespräch mit Inge Höger-Neuling : "Aus Wut kann Widerstand werden"

Autor(en): **Höger-Neuling, Inge / Obenhaus, Matthias**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **100 (2006)**

Heft 4

PDF erstellt am: **20.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-144574>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

«Aus Wut kann Widerstand werden»

Ausgangspunkt dieses CuS-Gesprächs mit Inge Höger-Neuling, der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der Linken im Bundestag, ist die von der Bundesregierung angekündigte Senkung des Arbeitslosengeldes II bei jungen Erwachsenen. Das ALG II ist auch unter dem Namen Hartz IV bekannt. Es regelt die Beiträge der Bundesagentur für Arbeit an Langzeiterwerbslose, die über ein Jahr ohne Beschäftigung sind. Das ALG II hat zum 1. Januar 2005 sowohl die Sozialhilfe als auch die Arbeitslosenhilfe abgelöst. Beide wurden auf das sog. Existenzminimum heruntergefahren. Das ALG II arbeitet mit pauschalisierten Bedarfsmessungen, die nach Einschätzung Hunderttausender Betroffener, sämtlicher Wohlfahrtsverbände und der Fraktion DIE LINKE absolut unzureichend sind, um ein menschenwürdiges Leben der Betroffenen zu gewährleisten. Es verlangt von Erwerbslosen 10 Bewerbungen pro Monat – eine Zumutung angesichts des geschätzten Mangels an sieben Millionen Vollzeitstellen – und die Annahme jeder von der Agentur angebotenen Arbeit, wenn sie dazu physisch und psychisch in der Lage sind. Um mehr «zumutbare Arbeit» zu schaffen, sind seit 2005 auch so genannte Ein-Euro-Jobs entstanden, die zum Teil von freien Trägern, zum Teil von öffentlichen Arbeitgebern eingerichtet worden sind. Sie werden mit einer Mehraufwandsentschädigung in Höhe von einem Euro pro Stunde vergolten und sollen nur Tätigkeiten betreffen, die keine bestehenden Arbeitsverhältnisse verdrängen.

Inge Höger-Neuling ist Diplom-Betriebswirtin und vertritt den Wahlkreis 134 Herford-Bad Oeynhausen. Das Interview für CuS führte Matthias Obenaus, Redaktionsleiter und Medienfachmann.

Red.

Bundesregierung kürzt Arbeitslosengeld für junge Erwachsene und behandelt sie wie Kinder

Matthias Obenaus: *Frau Höger, die Ankündigung der Bundesregierung zur Absenkung von ALG II bei jungen Erwachsenen, verbunden mit einer Genehmigungspflicht bei Auszug aus der elterlichen Wohnung, dürfte Sie und Ihre Fraktion auch überrascht haben.*

Inge Höger: *Überraschend war nur der Zeitpunkt, nämlich kurz vor der großen Anhörung zum Thema Hartz-IV am 24. Februar im Bundestag, wo man sich über bessere Strategien im Sozial- und Arbeitsmarktbereich hätte austauschen können. Daran haben CDU und SPD offenbar kein Interesse. Sie preschen ohne Rücksichtnahme auf die Meinungen von Kommunen, Verbänden und Trägern der freien Wohlfahrtspflege vor und versuchen, im Schnellverfahren Fakten zu schaffen.*

MO: *Dass angesichts drastisch gestiegener Unterkunftskosten der «Exodus» zahlreicher junger ALG-II-Empfänger/innen der Großen Koalition ein «Dorn im Auge» ist, war indes schon länger bekannt.*

IH: *Wir haben nie einen Zweifel daran gelassen, dass wir die Hartz-Gesetzgebung als völlig verfehlt ansehen, zudem ist sie auch handwerklich schlecht umgesetzt. Was aber gar nicht geht, ist, junge Erwachsene quasi wieder als Kinder einzustufen und ihnen durch den Entzug der Unterkunftskosten ihre persönliche Lebensplanung vorzuschreiben.*

MO: *Die vorgesehenen Maßnahmen dürften aber doch einer sehr überschaubaren Personengruppe gelten.*

IH: *Keineswegs. Was derzeit vergessen wird, ist, dass auch die Eltern von diesen Maßnahmen betroffen wären. Eine Re-Integration bereits ausgezogener Kinder in die elterliche Bedarfsgemeinschaft könnte massive Probleme zur Folge haben. Die zwangsweise Bindung junger*

Erwachsener an das Elternhaus kann zu erheblichen Spannungen führen, die an keinem der Beteiligten vorbeigehen.

MO: *Kann man denn Jugendliche durch Kürzungen beim Lebensunterhalt und durch die Verweigerung von Unterkunftskosten überhaupt zwingen, zuhause wohnen zu bleiben?*

IH: Ich habe selber einen Sohn in diesem Alter. Wenn der sich entschließen würde – aus was für Gründen auch immer – von zuhause ausziehen, würde er sich durch eine solche Gesetzgebung davon nicht abhalten lassen. Aber damit wären wir beim Kern eines viel tiefer liegenden Problems. Wir sind geradewegs dabei, uns unsere *Problembereiche* der kommenden Jahrzehnte analog zu *Frankreich* und den *USA* selber zu schaffen. Billigquartiere, gefüllt mit jungen Menschen, die meinen, ohnehin keine Perspektive mehr in dieser Gesellschaft zu haben, zudem total unterfinanziert und nur mit dem Allernötigsten versorgt, werden zu sozialen Brennpunkten werden ...

MO: ... *Ist das nicht nun doch ein etwas an den Haaren herbeigezogenes Horror-szenario ...*

IH: ... das schon in vielen westeuropäischen Großstädten Wirklichkeit geworden ist. Aber noch einmal grundsätzlich: Zurzeit «verhätschelt» unser Staat noch die Generation der 30- bis 50-Jährigen, und das nicht einmal besonders gut, wenn ich etwa an unser Gesundheitssystem denke. Wer in diese Altersgruppe gelangen will, hat es zunächst mit einem – laut Pisa – ziemlich *miserablen Schulsystem* und anschließend mit nicht ausreichenden Ausbildungsplätzen zu tun. Um an einer Universität zu studieren, muss man es sich demnächst leisten können.

Bereits auf diesem Weg fallen zahlreiche junge Menschen aus dem Raster, zuvorderst die aus sozial benachteiligten Familien und den Migrant/innengruppen. Und wer nach dem 50. Lebensjahr von

Industrie und Wirtschaft ausgemustert wird, unterliegt nach einem Jahr einer stetig verschärften ALG-II-Gesetzgebung – bis zur Zwangspensionierung. Da bis dahin aber weder etwas übrig geblieben ist, geschweige denn eine Altersversorgung weiter aufgebaut werden konnte, ist der nächste Schritt die *Altersarmut*, also wieder die «Grundsicherung».

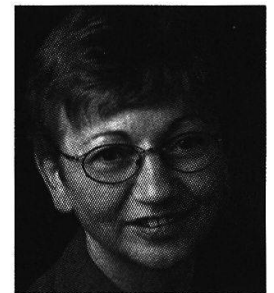
Ende des sozialen Friedens in Deutschland?

MO: *Demnach werden Jüngere und Ältere gleichermaßen die Leidtragenden sein?*

IH: Die Zahl derer, die es – aus welchen Gründen auch immer – in die «produktive Phase» nicht mehr hineinschaffen oder die gar nicht erst «gebraucht» werden, wird ebenso stetig ansteigen wie die Zahl derer, die nicht mehr benötigt werden, sei es aufgrund von Produktivitätssteigerungen, Rationalisierungen oder Lohnkostendumping. Die «*Entsorgung*» – denn von «*Versorgung*» kann man kaum noch sprechen – überlassen Industrie und Wirtschaft der *Allgemeinheit*, also dem Staat. Und hier schließt sich der Kreis: Der Staat entzieht sich bewusst mehr und mehr dieser zunehmend schwierigeren Aufgabe und überlässt die Menschen sich selber – mit unübersehbaren sozialen und gesellschaftspolitischen Folgen.

MO: *Womit wir wieder bei den von Ihnen eben skizzierten Szenarien wären.*

IH: Ich halte eine solche Art, zumeist aus reiner Gewinnmaximierung heraus vorzugehen, auch für die Wirtschaft für fatal, um nicht zu sagen für dumm. Das *soziale Klima* in Deutschland hat sich in den vergangenen Jahren *massiv verschlechtert*. Damit entfallen aber nach und nach eine ganze Reihe so genannter «weicher Standortbedingungen», die manch ein Unternehmen auch heute noch bewegen, sich in Deutschland anzusiedeln oder hier zu bleiben. Schauen Sie doch einmal nach Frankreich oder in die USA, wo manche Gegenden nach



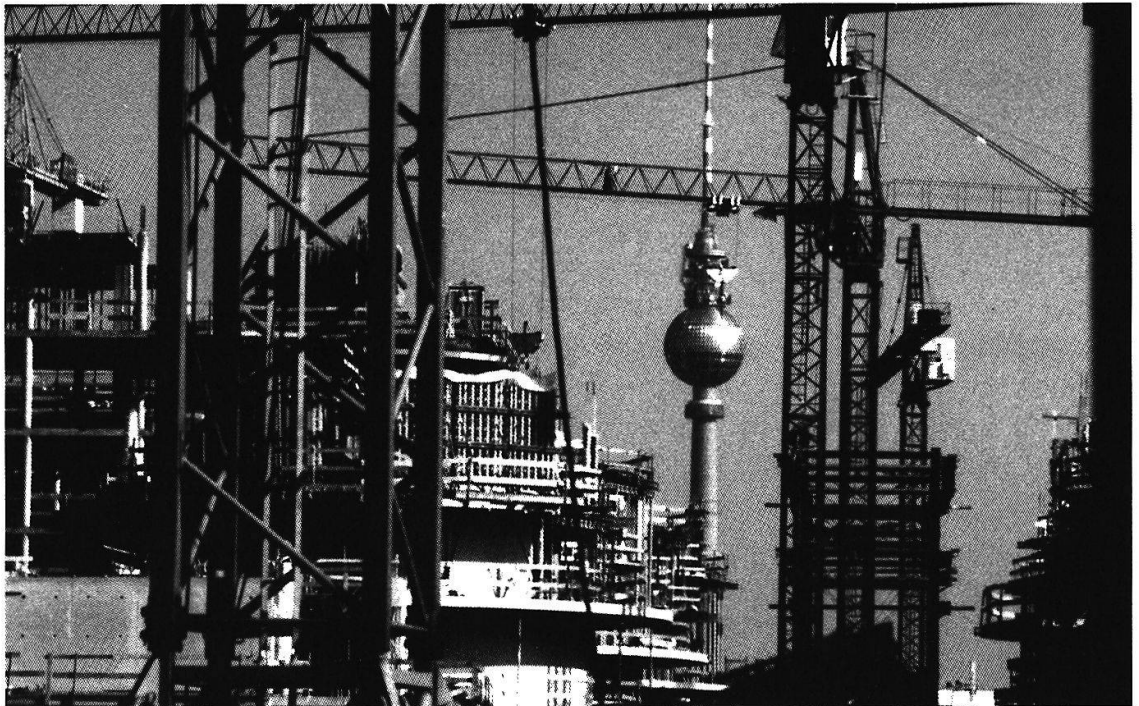
Inge Höger-Neuling

Einbruch der Dunkelheit gemieden werden müssen. Wo Wohnungen mit einem halben Dutzend Schlösser gesichert werden, wo Privatschulen notwendig sind, weil die öffentlichen Schulen zu unsicher oder ineffektiv geworden sind. Wer nur die reinen Profitinteressen im Auge hat, darf sich nicht wundern, wenn diese nur recht kurzfristig realisierbar sind und zunehmend geschmälert werden durch einen Verlust der «weichen Standortbedingungen» oder eben des sozialen Friedens.

MO: Heißt «Verlust des sozialen Friedens» auch zunehmende Radikalisierung?

IH: Aus Wut kann Widerstand werden, und der formiert sich derzeit auch im außerparlamentarischen Bereich. Unsere Aufgabe als Linksfraktion liegt darin, die außerparlamentarischen Proteste zu unterstützen und ihnen eine Stimme im Parlament zu geben. Wir wollen eine derart fatale soziale Schieflage in unserer Gesellschaft gar nicht erst aufkommen lassen. ●

Baustelle Berlin
(Bild: Vera Rüttimann).



Fortsetzung von Seite
123

der Großen Koalition. Erste Anzeichen aus der SPD-Fraktionsspitze und auch aus den Reihen der Union scheinen dies zu bestätigen.

Die Linke kann bei der anstehenden *Gesundheitsreform* nicht nur Impulsgeberin sein. Da sich die Konzepte von Union und Sozialdemokratie diametral gegenüberstehen, wird es nötig sein, die Debatte mit neuen Ideen zu bereichern und gleichzeitig zu verdeutlichen, dass eine Kopfpauschale mit der Sozialdemokratie nicht zu machen ist. Bei einer geschickten Rollenverteilung zwischen der SPD-Fraktionsspitze, den sozialdemokratischen Regierungsmitgliedern und der Parlamentarischen Linken könnte es auch endlich einmal gelingen, die Union

stärker unter Druck zu setzen. Bislang waren es nämlich die Unionsfraktionen, die durch polyphones Singen ständig versuchten, vom Koalitionsvertrag abzuweichen und die SPD gehörig unter Druck zu setzen.

So gesehen, könnte die Parteilinke in Fraktion und Partei nicht nur Handlungsspielraum gewinnen, sondern zu einer echten Antriebsfeder einer erfolgreichen und solidarischen Politik in Deutschland werden.

Im Übrigen gilt nicht nur für diese Koalition das Strucksche Gesetz: *Keine Gesetzesvorlage kommt so aus dem Parlament, wie sie eingebracht wurde.* Daraus ergibt sich der Handlungsspielraum. ●